



UB Parteitag
am 06.10.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	A 1
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	UB-Parteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
BETREFF	Abzug aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik und NEIN zur atomwaffen-unterstützenden Aufrüstung der Bundeswehr

- 1
2
3 Der UB Parteitag möge beschließen
4
5 1. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für einen Abzug aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik
6 und eine Ablehnung der atomwaffen-unterstützenden Aufrüstung der Bundeswehr ein.
7 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, diese Haltung in der Großen Koalition
8 konsequent zu vertreten und entsprechende Entscheidungen zu treffen.
9 3. Die SPD wird diese Haltung auch in künftigen Koalitionsverhandlungen vertreten und keine
10 Koalitionsverträge mit anderslautenden Festlegungen schließen.
11 4. Die SPD wird diese friedenspolitische Forderung im nächsten Bundestagswahlkampf aufgreifen
12 und thematisieren.

13
14
15
16 **Begründung:**

17
18 Der aktuelle Streit in der Großen Koalition um die Neubeschaffung von Kampfflugzeugen, die
19 geeignet sind, US-Atombomben zu ihren „Zielen“ zu transportieren, hat ein Thema wieder ins
20 öffentliche Bewusstsein zurückgerufen, welches lange Zeit keine besondere Aufmerksamkeit mehr
21 erfahren hat: die militärische und sicherheitspolitische Standortbestimmung der Bundesrepublik.
22

23 In diesem Streit haben der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende und der SPD-Bundesvorsitzende
24 bereits deutlich gemacht, dass sie diese Nachrüstung und auch die Stationierung der US-
25 amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden ablehnen. Insgesamt zeigt sich die SPD-Spitze
26 aber in dieser Frage alles andere als geschlossen, weshalb eine Grundsatzentscheidung und
27 Positionierung der Partei in dieser Frage zu diskutieren und herbeizuführen sind.
28

29 Die Duisburger SPD sieht sich in dieser Frage konsequent in der langen friedenspolitischen
30 Tradition der Partei, die in den letzten Jahrzehnten u.a. gekennzeichnet war durch die
31 Entspannungs- und Friedenspolitik Willy Brandts, der Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses
32 (auch auf die Gefahr und letztlich mit der Konsequenz des Machtverlustes) und dem entschiedenen
33 Nein der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder zum Irak-Krieg. Es war seit 1945 über
34 Jahrzehnte hinweg gesellschaftspolitischer Konsens in Ost und West, dass von deutschem Boden
35 kein Krieg mehr ausgehen dürfe. Die Bundesrepublik hat es sich auch nach der Wiedervereinigung
36 und der Herstellung voller staatlicher Souveränität daher zu Recht nie leichtgemacht, ihren
37 Bündnisverpflichtungen durch aktive Auslands- und Kampfeinsätze nachzukommen. Allen gingen
38 letztlich leidenschaftliche Debatten und am Ende legitimierende Bundestagsbeschlüsse voraus.
39

40 Ohne die Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik in Zweifel stellen und eine stärkere
41 internationale Verantwortung als noch vor 1989 negieren zu wollen, bleibt es mit Blick auf die
42 jüngere deutsche Geschichte doch dabei, dass es auch eine besondere Verantwortung der
43 Bundesrepublik für die Friedenerhaltung und gegenüber den besonders Leidtragenden des 2.
44 Weltkrieges - insbesondere dem jüdischen Volk und Russland - gibt. Wenn heute im Rahmen von
45 NATO-Manövern an der russischen Grenze wieder deutsche Panzer auffahren (wie 2019 in
46 Litauen), zeugt dies von wenig historischer Sensibilität und Verantwortung. Gleiches gilt zweifellos
47 für die auf deutschem Boden stationierten US-Atomwaffen, die auch noch durch deutsche
48 Kampfflugzeuge transportiert werden sollen - dass gerade von der Bundesrepublik eine atomare
49 Bedrohung für Russland ausgehen soll, zeigt in erschreckendem Maße, wie sehr das Denken des
50 „Kalten Kriegs“ in den Köpfen vieler Verantwortlicher noch präsent zu sein scheint.

51
52 Spätestens die US-amerikanische Außenpolitik im Vorfeld und im Zuge des Irak-Krieges hat
53 gezeigt, dass die USA-Administrationen Partnerschaft und gleichberechtigte Teilhabe in der NATO
54 recht einseitig im Sinne ihrer Interessenlagen definieren. Mit der Präsidentschaft Donald Trumps
55 haben die Unberechenbarkeit und Partnerschaftsdefinition der USA nunmehr ein Niveau erreicht,
56 das Anlass zur Sorge geben muss. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Rolf
57 Mützenich, hat dazu ausgeführt, die Regierung Trump habe zwischenzeitlich verkündet, dass
58 Atomwaffen nicht mehr nur der Abschreckung dienen, sondern Waffen seien, mit denen man
59 Kriege führen könne. Die USA behielten sich vor, auf Bedrohungen, zum Beispiel auch durch
60 Cyber-Angriffe, mit nuklearen Vergeltungsschlägen zu reagieren. Auch der Ersteinsatz sei nicht
61 vom Tisch. Zudem habe die US-Regierung angekündigt, die in Deutschland lagernden Atomwaffen
62 durch modernisierte, zielgenauere atomare Lenkwaffen ersetzen zu wollen. Damit sei das
63 Eskalationsrisiko unüberschaubar geworden.

64
65 Statt sich für Nach- und Aufrüstung einzusetzen, wäre es angesichts eines weltweiten Wettrüstens,
66 in das 2018 nahezu zwei Billionen US-Dollar geflossen sind, dringend an der Zeit, sich wieder
67 verstärkt dem Thema „Abrüstung“ zu widmen. Die Forderung des Abzuges der Atomwaffen aus
68 Deutschland und der Verzicht auf die Nachrüstung der Trägersysteme könnte hier ein erstes starkes
69 Signal setzen und den Anstoß für weitere Abrüstungsinitiativen geben. Es stünde der
70 Bundesrepublik gut an, hier eine Führungsrolle zu übernehmen und dafür Partner zu gewinnen –
71 sowohl in der EU, als auch in der NATO und international.

72
73 Auch mit Blick auf eine neue inhaltliche Ausrichtung der SPD und dem nächsten
74 Bundestagswahlkampf empfiehlt es sich, das lange aus dem Blickfeld verschwundene Thema
75 „Friedenspolitik“ wieder aufzugreifen – denn immer, wenn sich die SPD glaubwürdig dieses
76 traditionellen Kernthemas angenommen hat, vermochte sie Menschen für sich zu begeistern und
77 zu mobilisieren.

78
79
80
81
82
83
84
85
86

87 Angenommen:
88 Abgelehnt:
89 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 06.10.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	A 2
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	UB-Parteitag, SPD Ratsfraktion
BETREFF	Umbenennung des Opernplatzes in Josef-Krings-Platz

1
2
3 Der UB Parteitag möge beschließen
4
5 Die ursprüngliche Entscheidung, ein Teilstück der Düsseldorfer Straße nach dem verstorbenen Alt-
6 Oberbürgermeister Josef Krings zu benennen, wird aufgehoben.
7
8 Stattdessen wird die SPD-Ratsfraktion aufgefordert, sich im Rat der Stadt Duisburg für eine
9 Umbenennung des Opernplatzes in Josef-Krings-Platz einzusetzen.

10
11
12 **Begründung:**
13
14 Kurz nach dem Ableben von Alt-Oberbürgermeister Josef Krings hat der UB-Parteitag zu Recht
15 mit deutlicher Mehrheit beschlossen, das Andenken des Verstorbenen zu würdigen und durch die
16 Umbenennung eines Teilstückes der Düsseldorfer Straße (vom Lifesaver-Brunnen bis zur alten
17 Stadtbibliothek) in Josef-Krings-Platz zu ehren.

18
19 Nach intensiven Beratungen ist der Vorstand des Ortsvereins Rheinhausen-Mitte zu der
20 Auffassung gekommen, dass dieser Beschluss möglicherweise übereilt getroffen wurde, in jedem
21 Fall aber diese beschlossene Fläche nicht hinreichend geeignet ist, dem Anspruch auf
22 angemessene Würdigung der Verdienste von Josef Krings Rechnung zu tragen. Zwar gibt es mit
23 der (alten) Bibliothek und dem Lifesaver-Brunnen Bezugspunkte zum kulturellen Wirken von Josef
24 Krings, doch gibt es mit dem Stadttheater eine Einrichtung, die deutlich enger mit seinem Namen
25 verbunden ist. Auch erscheint das Teilstück auf der Düsseldorfer Straße als zu wenig exponiert
26 und stadtbildprägend; zudem fehlt ihr der eindeutige Platzcharakter.

27
28 Oper und Ballett waren zweifellos eine besondere Leidenschaft von Josef Krings, und hierum hat
29 es sich unbestritten auch in herausragender Weise verdient gemacht. Der Opernplatz ist daher als
30 Bezugspunkt zu seinem Wirken, aber auch aus stadtbildprägender Sicht der angemessenste Ort,
31 seiner Person und Verdienste zu gedenken. Wir sind ganz sicher: Dieser Ort würde ihm gefallen!

32
33
34
35
36
37 Angenommen:
38 Abgelehnt:
39 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 06.10.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	A 3
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	UB-Parteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
BETREFF	Legalisierung und Entkriminalisierung von Cannabis

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:
3
4 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für eine Legalisierung und somit Entkriminalisierung von
5 Cannabis ein.

6
7 Die Ausgestaltung einer zeitgemäßen, an den gesellschaftlichen Realitäten und
8 wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierten „Cannabis-Politik“ soll folgende Regelungen in
9 Form eines 2-Stufen-Modells einschließen:

10
11 Stufe 1:

- 12
13 1. Der Besitz und der Erwerb von Cannabis soll künftig bis zu einer noch festzulegenden
14 Menge nicht mehr strafrechtlich verfolgt, sondern nur noch als Ordnungswidrigkeit
15 behandelt werden.
16 2. Es sollen wissenschaftlich begleitete Modellprojekte (z.B. auf kommunaler Ebene)
17 ermöglicht werden, in denen die legale und regulierte Abgabe von Cannabis an
18 Konsument*innen erprobt werden können.
19 3. Im Straßenverkehr soll eine wissenschaftlich fundierte Höchstgrenze für den THC-Wert im
20 Blut festgelegt werden.

21
22 Stufe 2: (Umsetzung nach evaluierter erfolgreicher Umsetzung von Stufe 1)

- 23
24 1. Die kommerzielle Nutzung von Cannabis, welche den Anbau, die Verarbeitung und den
25 Handel einschließt, soll legalisiert, aber unter strenge staatliche Kontrolle und Lizenzierung
26 gestellt werden.
27 2. Die Ausgabe soll über staatlich lizenzierte Ausgabestellen (z.B. über Apotheken) erfolgen.
28 3. Die Richtlinien des Kinder- und Jugendschutzes sollen beim gewerblichen Verkauf von
29 Cannabis höchste Priorität haben.
30 4. Staatliche Einnahmen, die mit der Legalisierung von Cannabis einhergehen, sollen
31 größtenteils für Aufklärung und Suchtprävention genutzt werden.
32 5. Es soll ein generelles Werbeverbot für Cannabis und Cannabisprodukte gelten.

33
34 **Begründung:**

35
36 Cannabis ist die in Deutschland mit Abstand am meisten konsumierte illegale Droge und damit wie
37 Alkohol und Tabak längst zu einer „Volksdroge“ geworden. In den letzten Jahren hat insbesondere
38 der Konsum in der Altersgruppe der 12- bis 25-jährigen überproportional zugenommen. Dies zeigt
39 nachdrücklich, dass die Verbotspolitik der letzten Jahrzehnte gescheitert ist.

40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90

Anerkennung wissenschaftlicher Fakten und therapeutischer Nutzen

Dass Cannabis eine Droge ist, soll nicht bagatellisiert werden, doch wissenschaftlich ist längst nachgewiesen, dass sie nicht gesundheitsschädlicher als Tabak und insbesondere Alkohol ist – von den weitreichenden sozialen Auswirkungen des Alkoholmissbrauchs ganz zu schweigen. Wissenschaftlich widerlegt ist auch die Grundannahme, dass Cannabis die Einstiegsdroge zu „härterem Konsum“ sei. Zudem ist mittlerweile die medizinisch-therapeutische Nutzbarkeit von Cannabis unbestritten, weshalb der Gesetzgeber mit dem „Cannabis-Gesetz“ 2017 den Weg für eine ärztlich verordnete Abgabe freigemacht hat. Dennoch ist für viele Patient*innen der Genehmigungsprozess immer noch eine große Hürde; zudem erschweren Lieferengpässe die Versorgung und sind viele Ärzt*innen verunsichert. Eine vollständige Legalisierung unter den oben genannten Rahmenbedingungen würde für viele Patient*innen und Ärzt*innen Rechtssicherheit schaffen und viel Leid mindern.

Abkehr von einer gescheiterten Cannabis-Politik und ihren Folgen

Die repressive Drogenpolitik in Bezug auf Cannabis hat definitiv nicht zu einer Minderung des Konsums geführt. Ganz im Gegenteil: Der durch das Verbot entstandene Schwarzmarkt ignoriert nicht nur Kinder- und Jugendschutzrichtlinien und macht es so minderjährigen Personen leicht, an Drogen zu kommen, sondern öffnet auch die Tür zu härteren Drogen, da die Dealer diese ebenso „im Angebot haben“. Hierdurch werden insbesondere junge Menschen gezielt und skrupellos in die Abhängigkeit geführt.

Naturgemäß unterliegt ein Schwarzmarkt auch nicht einer Qualitätskontrolle, was dazu führt, dass auf diesem Markt „Produkte“ angeboten werden, die nicht selten gesundheitsschädlich und abhängigkeitsfördernd sind. Eine Legalisierung, die gewerblichen Anbau und Verkauf unter staatliche Kontrolle und Lizenzierung stellt, kann hierbei deutlich Abhilfe schaffen und zudem sowohl einen strikten Kinder- und Jugendschutz gewährleisten als auch einen „Umstieg“ auf härtere Drogen verhindern helfen. Nur eine staatliche bzw. staatlich garantierte Qualitätsüberprüfung kann die Minimierung gesundheitlicher Risiken gewährleisten.

Angesichts aller bekannten Fakten dürfte mittlerweile unstrittig sein, dass die aktuelle Rechtslage wenig tauglich ist, Sucht und damit verbundene Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Die Stigmatisierung und Kriminalisierung von Konsument*innen befördert kriminelle Karrieren eher als sie zu verhindern. Über den Schwarzmarkt, der vollständig in der Hand der organisierten Kriminalität liegt, erfolgt ein „niedrigschwelliger“ Kontakt zu kriminellen Kreisen, was die Anwerbung neuer Dealer und somit den Einstieg in die Kriminalität erleichtert. Eine Entkriminalisierung von Cannabis würde auch für Polizei und Justiz eine deutliche Entlastung bedeuten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der Verfahren zum Thema Cannabisbesitz eingestellt werden, hat sich selbst der Bund Deutscher Kriminalbeamter mittlerweile für eine Legalisierung ausgesprochen.

Suchthilfe und Aufklärung

Sucht ist eine Krankheit und kein Straftatbestand! Bei den als „Volksdrogen“ Alkohol und Tabak wird die Abhängigkeit nicht nur geduldet bzw. hingenommen, sondern damit über Steuereinnahmen auch noch prächtig verdient. Die gesundheitlichen Folgen hingegen werden auf die Solidargemeinschaft der Krankenkassen verlagert. Diese Praxis gilt es dringend zu überdenken und zu verändern.

91 Ein maßvoller Umgang von Rauschmitteln/Drogen führt nicht zwangsläufig in die Abhängigkeit,
92 weshalb hier einer entsprechenden Aufklärung höchste Priorität einzuräumen ist. Ein
93 verantwortlicher Konsum von Cannabis kann am effektivsten sichergestellt werden, wenn der THC-
94 Gehalt über einen kontrollierten Anbau definiert/garantiert ist und Konsument*innen darüber
95 Bescheid wissen. Insofern kann eine staatlich kontrollierte Abgabe sinnvoll mit Aufklärungsarbeit
96 verknüpft werden, die hier nicht nur theoretisch, sondern über eine Anbindung an die
97 Abgabestellen „nah an Kund*innen/Patient*innen“ erfolgen kann.

98
99 Süchtigen sollte mit Fürsorge, Hilfe und Suchtberatung begegnet werden, anstatt diese Personen
100 zu kriminalisieren. Deshalb sollten Beratungsstellen für Süchtige, sowie die Suchtprävention
101 massiv ausgebaut werden. Über die mit einer Legalisierung verbundenen staatlichen Einnahmen
102 könnte dies in Zukunft deutlich intensiver sichergestellt werden.

103

104

105 **Globale Trendwende - Von anderen lernen**

106

107 International ist eindeutig ein Trend zur Entkriminalisierung und Legalisierung von Cannabis
108 erkennbar. Mit Kanada hat im Jahre 2018 die erste große Industrienation Besitz und Konsum von
109 Cannabis für Erwachsene legalisiert. In aktuell 10 Bundesstaaten der USA gilt dies ebenso. In
110 weiten Teilen Südamerikas, in Mexiko sowie zahlreichen anderen Ländern wurde Cannabis
111 mittlerweile entkriminalisiert, d.h. Besitz und Konsum gelten nicht mehr als Straftat, sondern max.
112 als Ordnungswidrigkeit – oder werden generell geduldet.

113

114 In der EU sind bislang Tschechien - Eigenbedarf und Anbau von Cannabis in definiertem Rahmen
115 sind legal - und Portugal - straffreier Eigenbedarf aller Drogen; gekoppelt mit intensiver Prävention
116 und Aufklärung - den liberalsten Weg gegangen. Gerade Portugal hat mit der Entkriminalisierung
117 den Drogenkonsum deutlich zurückdrängen können. In der Schweiz ist derzeit eine Initiative für
118 eine Volksabstimmung zur Legalisierung von Cannabis in Planung, und als erstes europäisches
119 Land hat Luxemburg angekündigt, den Besitz und Konsum von bis für den privaten Gebrauch bis
120 Ende 2019 legalisieren zu wollen.

121

122

123 **Die SPD geht neue Wege**

124

125 In einem Positionspapier zu diesem Thema hat nunmehr auch die SPD-Bundestagsfraktion eine
126 Abkehr von der bisherigen Cannabis-Verbotspolitik in Deutschland beschlossen. Dieses
127 Positionspapier beinhaltet die Forderungen der in diesem Antrag formulierten Stufe 1. Es ist
128 sicherlich sinnvoll, zunächst die Ergebnisse der hiermit verbundenen Maßnahmen abzuwarten und
129 keine voreiligen Schlüsse zu ziehen. Gleichwohl wird es ebenso als sinnvoll erachtet, bereits heute
130 eine Zielperspektive zu formulieren, die im Falle entsprechender Ergebnisse den eingeschlagenen
131 Weg konsequent in Richtung vollständiger Legalisierung weitergeht. Eine solche Perspektive,
132 soweit sie dann vertretbar sein wird, ist die SPD den vielen Menschen schuldig, die hier auf ein
133 Umdenken und eine neue Politik setzen!

134

135

136

137 Angenommen:

138 Abgelehnt:

139 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 06.10.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	A 4
ANTRAGSTELLER	SPD Unterbezirksvorstand
ADRESSAT	UB-Parteitag
BETREFF	Bedrohung von rechts. NULL Toleranz

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die Duisburger SPD stellt sich hinter ehrenamtlich Engagierte, Politiker*innen,
5 Wissenschaftler*innen, Künstler*innen und alle Demokrat*innen, die rechtsradikalen und
6 rechtspopulistischen Bedrohungen ausgesetzt sind. „Unser demokratischer Rechtsstaat
7 muss sich als wehrhaft und schutzbereit erweisen. Deshalb erwartet die Duisburger SPD
8 eine konsequente Verfolgung und Bestrafung bezüglich solcher Angriffe und Bedrohungen
9 durch Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte.“

10
11
12 **Begründung:**

13
14 Einschüchterungen und Bedrohungen über Briefpost, E-Mail, Telefon, Sachbeschädigung
15 und ganz besonders über soziale Netzwerke an in der Öffentlichkeit für demokratische
16 Ideale eintretenden Bürger*innen haben in den letzten Jahren in einer Weise
17 zugenommen, die nicht mehr hinnehmbar sind.

18 Bedrohungen von Leib und Leben an die Personen selbst, deren Familien und
19 Angehörigen sind perfide Methoden der Einschüchterung. Sie haben das Ziel, das Herz
20 der freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung zu stören und am Ende zu zerstören:
21 das ehrenamtliche, politische und gesellschaftliche Engagement. Die Anfeindungen
22 reichen von Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen.

23 In NRW werden seit 2016 Straftaten auf Mandatsträg*innen gesondert erfasst. Über 100
24 Straftaten insbesondere gegen kommunale Amtsträger*innen sind seitdem registriert
25 worden. Nach den Recherchen von Report München im Sommer 2019 sind über 40% der
26 amtierenden Bürgermeister*innen in Deutschland von rechtsradikalen Anfeindungen
27 betroffen. Die SPD-Bürgermeister*innen der niedersächsischen Gemeinde Estorf, Arnd
28 Focke, und der sächsischen Gemeinde Arnsdorf, Martina Angermann haben ihr Amt aus
29 diesem Grund aufgegeben. Der SPD-Bürgermeister von Kamp-Lintfort, Christoph
30 Landscheidt, sah sich zu Maßnahmen gezwungen, sich selbst und seine Familie zu
31 schützen. Die Mordanschläge auf Henriette Reker aus Köln (parteilos) und den Altenaer
32 Bürgermeister Andreas Hollstein (CDU) wurden von der Presse international aufgegriffen.
33 Bedrohungen von Landtags- und Bundestagsabgeordneten, sowie von Funktionär*innen
34 von Parteien und NGO's sind inzwischen die Regel.

35 Im Januar 2020 verübten Rechtsextreme einen Anschlag auf das Bürgerbüro des SPD-
36 Bundestagsabgeordneten Dr. Karamba Diaby. Mehrere Einschusslöcher fanden sich in
37 der Fensterscheibe.

38 Am 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) vor
39 seinem Wohnhaus aus rechtsextremistischen Motiven mit einem Pistolenschuss in den
40 Kopf ermordet.

41 Der international renommierte Duisburger Künstler und Sozialdemokrat Cyrus Overbeck
42 (Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Salzburg) floh nach
43 einem antisemitisch motivierten Anschlag im Mai 2019 auf ihn selbst in seiner Wahlheimat
44 Esens zurück in seine Heimatstadt.

45 Die Hemmschwelle rechtsradikaler Aktivist*innen ist seit dem Einzug der Rechtspopulisten
46 in die Parlamente und Stadträte erheblich gesunken. Der Schutz und die Solidarität mit
47 den Bedrohten und den Opfern rechter Gewalt sind elementar für unsere Freiheit und
48 unsere Demokratie.

49

50

51

52

53 Angenommen:

54 Abgelehnt:

55 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 06.10.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	A 5
ANTRAGSTELLER	SPD Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
BETREFF	Verbot von Wildtieren im Zirkus – keine Unterhaltung auf Kosten der Tiere!

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für ein generelles Verbot von Wildtieren im Zirkus ein. Zu
5 diesen wildlebenden Tieren gehören vor allem Affen, Elefanten, Giraffen, Flusspferde, Nashörner,
6 Zebras, Strauße, Großkatzen, Bären, Kängurus, Reptilien und Robben.

7
8 Die Zirkusse sollen nach dem Inkrafttreten des Verbots eine noch festzulegende Übergangsfrist
9 erhalten, in der sich die Unternehmen einerseits wirtschaftlich neu aufstellen und andererseits die
10 vorhandenen Wildtiere in eine artgerechte Haltung überführt werden können.

11
12 **Begründung:**

13
14 Wildtiere, die im Zirkus zur Belustigung von Menschen gehalten werden, leiden ihr Leben lang
15 unter nicht artgerechter Haltung und teils darüber hinaus oft auch miserabler Behandlung. Die Tiere
16 werden den Großteil der Zeit in kleinen Käfigen gehalten und müssen, wenn sie aus dem Käfig
17 gelassen werden, Kunststücke ausführen, die meist nur mit einer gewalttätigen Dressur erlernt
18 werden können. Dazu kommen sowohl der Stress, der durch den dauernden Transport (bis zu 50
19 Mal im Jahr) zustande kommt, als auch die fehlende Bewegung durch Käfighaltung. Die Folgen für
20 die Tiere sind neben massiven Gesundheitsschäden auch schwere Verhaltensstörungen und eine
21 erhöhte Sterblichkeit. Der Zirkus-Report der „Eurogroup for Animals“ hat in den letzten 22 Jahren
22 zudem mehr als 300 Zwischenfälle mit Zirkustieren dokumentiert, wobei die Hälfte der Vorfälle in
23 Deutschland vorgefallen sind.

24
25 Ein Verbot der Haltung von Wildtieren im Zirkus ist somit längst überfällig, da die Ansprüche an
26 eine artgerechte Tierhaltung in einem Zirkus nicht erfüllt werden können. Das hat bisher nicht nur
27 der Bundesrat erkannt, sondern auch die Agrarminister*innen der Bundesländer, so dass dieses
28 Verbot seit Jahren nur noch am von der CDU geführten Bundesministerium für Ernährung und
29 Landwirtschaft scheitert. Aufgrund dieser Blockadehaltung haben sich bereits etliche Kommunen
30 dafür entschieden, keine Stellplätze mehr an Zirkusse zu vergeben, die Wildtiere halten.

31
32 Betrachtet man die Situation in anderen europäischen Ländern, lässt sich feststellen, dass
33 Deutschland mit den aktuellen Regelungen hinterherhinkt. So gelten bereits in fast 30 Ländern
34 Regelungen für ein Wildtierverbot, unter anderem in Belgien, Dänemark, Finnland, Italien, den
35 Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden und Tschechien.

36
37
38 Angenommen:
39 Abgelehnt:
40 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 06.10.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	A 6
ANTRAGSTELLER	SPD Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag, SPD Ratsfraktion
BETREFF	Verbot von Wildtieren im Zirkus – keine Vergabe kommunaler Flächen für Zirkusse mit Wildtieren!

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, sich im Rat der Stadt Duisburg für ein Verbot von
5 Wildtieren im Zirkus einzusetzen. Zu diesen wildlebenden Tieren gehören vor allem Affen,
6 Elefanten, Giraffen, Flusspferde, Nashörner, Zebras, Strauße, Großkatzen, Bären,
7 Kängurus, Reptilien und Robben.

8
9 Da ein generelles Verbot nur auf Bundesebene durchgesetzt werden kann, soll die
10 Ausgestaltung auf kommunaler Ebene durch eine angepasste Stellplatzvergabe erfolgen.
11 Das heißt, dass auf dem Duisburger Stadtgebiet keine städtischen Flächen mehr für
12 Zirkusse, die Wildtiere halten, zur Verfügung gestellt werden sollen.

13
14 **Begründung:**

15
16 Wildtiere, die im Zirkus zur Belustigung von Menschen gehalten werden, leiden ihr Leben
17 lang unter nicht artgerechter Haltung und teils darüber hinaus oft auch miserabler
18 Behandlung. Die Tiere werden den Großteil der Zeit in kleinen Käfigen gehalten und
19 müssen, wenn sie aus dem Käfig gelassen werden, Kunststücke ausführen, die meist nur
20 mit einer gewalttätigen Dressur erlernt werden können. Dazu kommen sowohl der Stress,
21 der durch den dauernden Transport (bis zu 50 Mal im Jahr) zustande kommt, als auch die
22 fehlende Bewegung durch Käfighaltung. Die Folgen für die Tiere sind neben massiven
23 Gesundheitsschäden auch schwere Verhaltensstörungen und eine erhöhte Sterblichkeit.
24 Der Zirkus-Report der „Eurogroup for Animals“ hat in den letzten 22 Jahren zudem mehr
25 als 300 Zwischenfälle mit Zirkustieren dokumentiert, wobei die Hälfte der Vorfälle in
26 Deutschland vorgefallen sind.

27
28 Ein Verbot der Haltung von Wildtieren im Zirkus ist somit längst überfällig, da die
29 Ansprüche an eine artgerechte Tierhaltung in einem Zirkus nicht erfüllt werden können.
30 Das hat bisher nicht nur der Bundesrat erkannt, sondern auch die Agrarminister*innen der
31 Bundesländer, so dass dieses Verbot seit Jahren nur noch am von der CDU geführten
32 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft scheitert.

33
34 Aufgrund dieser Blockadehaltung haben sich bereits etliche Kommunen dafür
35 entschieden, keine Stellplätze mehr an Zirkusse zu vergeben, die Wildtiere halten. Zu den
36 bereits handelnden Kommunen gehören unter anderem mit Bonn, Düsseldorf und Köln,
37 große Städte aus NRW. Außerdem setzt sich neben Düsseldorf auch Moers als Duisburger
38 Nachbarstadt für das Verbot ein.

39

40 Betrachtet man die Situation in anderen europäischen Ländern, lässt sich feststellen, dass
41 Deutschland mit den aktuellen Regelungen hinterherhinkt. So gelten bereits in fast 30
42 Ländern Regelungen für ein Wildtierverbot, unter anderem in Belgien, Dänemark,
43 Finnland, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden und
44 Tschechien.

45

46

47 Angenommen:

48 Abgelehnt:

49 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 06.10.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	Änderungsantrag 1 zu S 1
ANTRAGSTELLER	SPD OV Hochfeld
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag
BETREFF	UB Satzung § 10 Abs. 1

- 1
- 2 Der UB Parteitag möge beschließen:
- 3
- 4 Zeile 7 und 8 ändern in:
- 5
- 6 Der bzw. dem Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, die nicht dem
- 7 gleichen Geschlecht angehören (Doppelspitze). Gleichberechtigte Vorsitzende sind in
- 8 **einer kombinierten Einzelwahl** zu wählen. **Die daraus resultierende gerade Anzahl im**
- 9 **geschäftsführenden Vorstand (GV) wird kompensiert, so dass der GV ungerade**
- 10 **besetzt bleibt.**
- 11
- 12
- 13 Angenommen:
- 14 Abgelehnt:
- 15 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 06.10.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	S 1
ANTRAGSTELLER	Stadtbezirk Rheinhausen
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag
BETREFF	Neufassung UB-Satzung §10 Abs. 1

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

- 3
4 Der Unterbezirksvorstand wird durch den Unterbezirksparteitag für die Dauer von zwei
5 Jahren gewählt. Er hat höchstens 21 Mitglieder und setzt sich zusammen aus
6
7 - Der bzw. dem Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, die nicht
8 dem gleichen Geschlecht angehören (Doppelspitze). Gleichberechtigte
9 Vorsitzende sind in getrennten Wahlgängen zu wählen
10 - Spiegelstriche 2-4 unverändert
11 - und weiteren bis zu 15 Vorstandsmitgliedern.

12 Der Unterbezirksparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit, ob eine oder ein
13 Vorsitzender oder eine Doppelspitze gewählt werden soll. Zum Zeitpunkt seiner Wahl darf
14 höchstens die Hälfte der Mitglieder Mandatsträgerin bzw. Mandatsträger (Stadtrat,
15 Landtag, Bundestag) sein. Der Unterbezirksvorstand kann zu seinen Sitzungen
16 Beraterinnen bzw. Berater hinzuziehen

17
18
19 Angenommen:
20 Abgelehnt:
21 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 06.10.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	A 7
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag
BETREFF	Kostenloser Euroschlüssel

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD Duisburg fordert das kostenfreie Ausstellen eines Euroschlüssels für körperlich
5 beeinträchtigte Menschen durch die zuständigen örtlichen Behörden. Ferner fordert die
6 SPD Duisburg, dass der o.g. Schlüssel gemeinsam mit dem Schwerbehindertenausweis
7 ausgehändigt wird. Ebenfalls wird die Antragstellung hier zusammengelegt und von
8 sämtlichen Kosten befreit.

9
10 **Begründung:**
11 Da auf Grund von Vandalismus immer mehr Behindertentoiletten abgeschlossen werden,
12 ist oft die Nutzung dieser Behindertentoiletten nicht möglich oder schwer zugänglich, da
13 entweder Reinigungskräfte abwesend sind oder es keine Aufsichtsperson gibt. Es kann
14 nicht sein, dass eine behinderte Person 23 Euro (Stand 2018) bezahlen muss, um diesen
15 Schlüssel beantragen zu können. Zudem ist nicht gewährleistet, dass jeder behinderte
16 Mensch mit dem Schwerbehindertenausweis über diesen Schlüssel in Kenntnis gesetzt
17 wird. Zudem werden Personen, welche sich die entsprechenden Kosten nicht leisten
18 können, von dieser Leistung ausgeschlossen. Ein kostenfreies Ausstellen zusammen mit
19 dem Schwerbehindertenausweis sollte somit gängige Praxis werden.

20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37 **Angenommen:**
38 **Abgelehnt:**
39 **Überwiesen an:**



UB Parteitag
am 06.10.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	A 8
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag
BETREFF	Gedenkstättenfahrten von Duisburger Schulen

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die Duisburger SPD setzt sich dafür ein, dass alle Schüler*innen an weiterführenden
5 Duisburger Schulen die Möglichkeit bekommen an einer KZ-Gedenkfahrt teilzunehmen.
6 Jede Klasse sollte eine Fahrt in eine KZ-Gedenkstätte mit anschließender Aufarbeitung
7 der Geschichte der Verbrechen des Nationalsozialismus machen können. Diese
8 Aufarbeitung soll demokratiefördernd sein und in aktuelle Geschehnisse eingeordnet
9 werden, dazu kann geschultes Fachpersonal die Schüler*innengruppen betreuen.

10
11
12
13 **Begründung:**
14 Nicht alle Schüler*innen bekommen die Möglichkeit sich intensiv mit der Geschichte
15 Deutschlands auseinanderzusetzen. Der Geschichtsunterricht vermittelt zwar ein
16 eindrucksvolles Bild von den Verbrechen der NS-Zeit, jedoch ist dies nicht mit dem Besuch
17 eines Konzentrationslagers zu vergleichen. Damit Schüler*innen einen Eindruck davon
18 bekommen, wozu Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass führen kann und welche
19 schrecklichen Taten damit verbunden sind, sollten derartige Besuche von Gedenkstätten
20 allen Schüler*innen möglich gemacht werden.

21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37 **Angenommen:**
38 **Abgelehnt:**
39 **Überwiesen an:**



UB Parteitag
am 06.10.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	A 9
ANTRAGSTELLER	Jusos, OV Stadtmitte
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag
BETREFF	Jusoaktionstag 2021

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen,
3
4

5 dass es an einem Samstag im Jahr 2021 einen Jusoaktionstag gibt, welcher im Rahmen
6 eines großen Festes in der Duisburger Innenstadt vor dem Forum stattfinden soll. Hierbei
7 werden u.a. verschiedene Kinder-, Jugendverbände und Vereine eingeladen, welche mit
8 verschiedenen Ständen Aktionen für Kinder und Jugendliche machen können. Neben
9 einem vielseitigen Bühnenprogramm soll auch ein Abendprogramm gestaltet werden,
10 welches besonders Jugendliche und junge Erwachsene anspricht.

11
12 Die SPD Duisburg veranstaltet neben einem Jusoaktionstag in der Innenstadt auch einen
13 online Jusoaktionstag. Hierbei sollen an dem Wochenende, wo der Jusoaktionstag
14 stattfindet, alle Online Kanäle der SPD Duisburg mit relevanten Themen für Kinder,
15 Jugendliche und junge Erwachsene beschaltet werden. Neben inhaltlichen Sharepics soll
16 es insbesondere Online Diskussionen und ein Abendprogramm geben, welches die
17 junge Generation anspricht.

18
19 Die Planungskommission, die den Jusoaktionstag2021 planen wird, soll zu mindestens
20 50% aus Menschen unter dem 35. Lebensjahr bestehen. Die Mitglieder der Kommission
21 werden in Absprache mit dem Juso UBV benannt.

22
23 **Begründung:**

24
25 Damit die SPD Duisburg verstärkt junge Menschen erreichen kann, ist dieser Aktionstag
26 wichtig, da dieser einem Format entspricht, welches auf genau diese Zielgruppe
27 ausgerichtet ist. Außerdem kann das zusätzliche online-Format junge Menschen dazu
28 bewegen, sich für die Themen der SPD zu interessieren, da die Hürde an einer solchen
29 Veranstaltung teilzunehmen gering ist.

30
31
32
33
34
35
36
37
38 Angenommen:
39 Abgelehnt:
40 Überwiesen an: